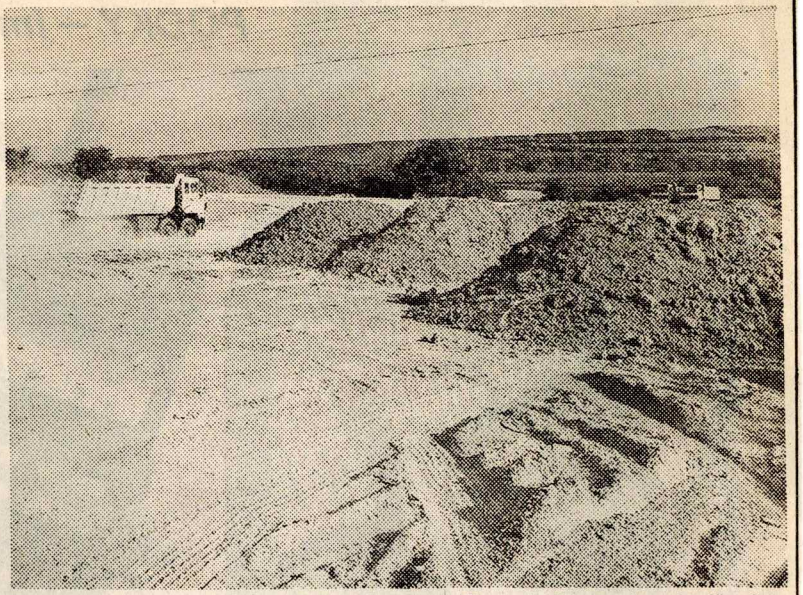
Rat will Infos über Sachstand im „Rübental“

m. NACKENHEIM — Hochbrisant dürfte in den kommenden Ratssitzungen der Antrag der CDU auf Schaffung von Gewerbeflächen zur Neuansiedlung von „nichtstörenden Gewerbebetrieben“ im Nackenheimer Unterfeld werden, nachdem SPD und BLN in ihrem Sachprogramm dies ablehnten.

In jüngster Sitzung des Rates brachte die CDU den Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes ein, wonach dort ein Drittel der Fläche in Verlängerung des Bodenheimer Gewerbegebietes, entlang der Bahnlinie, liegen soll. Die CDU begründete den Antrag, daß damit langfristig der Gemeindehaushalt abgesichert werden könnte und neue Arbeitsplätze entstünden. Weiter verlangt die CDU ein Plankonzept über das gesamte Unterfeld, wo Auen- und Riedgelände, Sport- und Freizeitanlagen in der Planung sein sollten. Der Antrag wird nach den Worten des Ortsoberhauptes in die Ausschüsse verwiesen.

Weiter beauftragte Alfred Hoffmann (CDU) die Verwaltung, mit der Deutschen Bundesbahn Verhandlungen aufzunehmen, um die Ausstattung des Haltepunktes zu verbessern.

Zur Verfüllung des „Rübentales“ stellte die BLN eine größere Anfrage. Fraktionssprecher Frieder Stauder wollte wissen, ob es nun eine Stellungnahme der Oberen Landespflegebehörde gebe; wann mit dem Ende der Auffüllungen zu rechnen sei; wann die beschädigte Fahrbahn zwischen Langgasse und dem Rübental wieder hergestellt sei; ob ein landespflegerischer Begleitplan vorliege; ob zwischenzeitlich Ergebnisse von Bodenanalysen vorhanden und ob die Mehraufschüttungen wieder beseitigt seien?



Sie sorgten auch während der jüngsten Gemeinderatssitzung für Gesprächsstoff: Die Erdauffüllungen im „Rübental“ zwischen Nackenheim und Lörzweiler. Bild: Anne Küssner

Ortsbürgermeister Günter Ollig führte aus, von der Oberen Landespflegebehörde sei bisher noch keine Antwort eingegangen. Voraussichtlich Ende des Jahres werden nach Auskunft der Betreiberfirma die Arbeiten beendet sein. Die Fahrbahndecke soll nach Mitteilung des Straßenbauamtes nach den Verfüllungen sofort wieder instand gesetzt werden. Von der Kreisverwaltung hätte bereits am 25. April 1989 ein landespflegerischer Begleitplan vorliegen sollen. Weitere Bodenanalysen seien nicht vorhanden. Abschließend sagte Ollig, soweit ihm bekannt ist, wurden die Mehraufschüttungen beseitigt. Stauder meinte, „hoffentlich lädt sich die Gemeinde dort keine Altlasten auf“. Um neue Auffüllungen zu vermeiden, habe die BLN beim Kreis die Unterschutzstellung weiterer Obstwiesen beantragt.

CDU-Fraktionssprecher Alfred Hoffmann sagte, der Rat habe vor Monaten den einmütigen Beschluß gefaßt, die Meinung der Oberen Landespflegebehörde zu hören und Bodenproben regelmäßig durchführen zu lassen. Nun müsse die Verwaltung nachhaken, warum alles so lange dauere. Der Rückbau der alten B 9 in der Ortsdurchfahrt werde in diesem Zusammenhang immer dringender.